Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preußischen Monarchie 1 Thlr. 1¼ sgr.

Expedition: Krautmarkt № 1053

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 68. Mittwoch, den 21. März 1849.

Bei dem nahen Ablaufe des Quartals werden die geehrten Interessenten der Stettinischen Zeitung ersucht, die Erneuerung der Pränumeration in unserer Expedition, Krautmarkt No. 1053, gefälligst anzumelden. Die Zeitung erscheint täglich (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) Vormittags 11 Uhr; der Pränumerations-Preis beträgt pro Quartal 25 Sgr., auswärts 1 Thlr. 1¼ Sgr. — Diejenigen Abonnenten, welche die Zeitung ins Haus gebracht zu haben wünschen, wollen die Bestellung bei der Expedition abgeben und zahlen dafür 7½ sgr. pro Quartal.

Die Zeitungs-Expedition.

Berlin, vom 20. März.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem bei dem Ministerium des Innern angestellten Geheimen expedirenden Sekretair und Kalkulator Nobiling den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Deutschland.

Nach Briefen aus Frankfurt vom 18. d. M. wird die Abstimmung über den Antrag Welcker's frühestens am 20. d. M., wahrscheinlich aber erst in einer der nächsten Sitzungen stattfinden.

Berlin, 19. März. Erste Kammer. 11. Sitzung. Eröffnung 10½ Uhr Vormittag. Vorsitzender: der Präsident von Auerswald. Von den Ministern des Königs sind anwesend: von Strotha. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird vorgelesen und angenommen. Dann theilt der Herr Präsident mit, daß er die Abg. Mätzke und Magnus zu Quästoren der Kammer ernannt habe.

Der Herr Präsident: Es liegt mir noch ob mitzutheilen, daß wir am vorigen Sonnabend die Adresse Sr. Majestät überreicht haben. Wir begaben uns gemeinschaftlich um 12 Uhr nach dem hiesigen Schlosse, wo wir durch den Herrn Ministerpräsidenten in den Rittersaal eingeführt wurden. Dort empfing uns Se. Maj. der König vor dem Throne stehend, vom Staatsministerium umgeben; er nahm aus meinen Händen die Adresse und erwiederte sie mit folgenden huldvollen Worten. (Die bereits bekannte Antwort Sr. Majestät wird verlesen). Darauf wurden die einzelnen Mitglieder der Deputirten von mir Sr. Majestät vorgestellt und mit sichtbarem Wohlwollen empfangen. Ich trage darauf an, daß die Antwort Sr. Majestät des Königs in das Protokoll unserer heutigen Sitzung aufgenommen werde. — Dann erfolgen Abtheilungsberichte über Wahlprüfungen, und eine der vorkommenden Wahlen wird auf Antrag des Abg. Wachler beanstandet. Es ist die des Hrn. Märker, der sich über Annahme der Wahl gar nicht erklärt hat, wohl aber in öffentlichen Blättern sich gegentheilig ausgesprochen. Darauf kommt ein Antrag von Hansemann zur Debatte (die Kammer möge eine Kommission ernennen, welche einen Bericht erstatte über den Einfluß der Frankfurter Verfassung auf Preußische Verhältnisse.)

Abg. Hansemann. Mein Antrag bezweckt eine Untersuchung der Consequenzen, die die deutsche Verfassung auf die unsrige üben muß. Wir stimmen wohl Alle darin überein, daß Preußen die ihm gebührende Stelle im deutschen Bundesstaat einnehmen muß. Es fragt sich nun, ob nicht die Bestimmungen der deutschen Verfassung dazu beitragen, das zu erschweren und darum muß eine Prüfung stattfinden. Man hat gesagt, das Ziel der Frankfurter Beschlüsse sei statt Staatenbund Bundesstaat, dem haben wir schon in unserer Adresse beigestimmt. Ein Bundesstaat (Amerika, Schweiz) setzt voraus, daß die einzelnen Theile Stücke ihrer Souveränität an die Allgemeinheit abgeben (Heerwesen, Vertretung der Gesammtheit nach Außen, einiges Zollsystem), wenn aber diese Dinge übersprungen werden, so fragt sich, ob das nützlich für unsern Staat ist. Die deutsche Verfassung verlangt viel mehr von der Souveränität der Einzelnen für die Allgemeinheit, z. B. Gesetzgebung über Eisenbahnen, Landstraßen, Flußhandel und Schifffahrt, Bankwesen, Associationswesen, Gesundheitspflege, Handels- und Wechselrecht, Strafrecht, Productions- und Verbrauchssteuer, die in Preußen allein jährlich 14 — 15 Millionen beträgt. Ich glaube nicht, daß es nützlich ist, der Centralgewalt solche Macht zu übertragen. Mich wills bedünken, daß einem Staate ungefähr nichts übrig bleibt, wenn man ihm alle diese Dinge nimmt, ein solcher Staat ist dann mediatisirt. Diese Centralisation liegt nicht im Willen des deutschen Volkes und man sollte sie jetzt nicht versuchen, jetzt, wo uns Einigkeit so nöthig ist, man sollte jetzt nicht das moralische Ansehen der Einzelnregierungen schwächen, jetzt wo ihnen dasselbe im Interesse der allgemeinen Ordnung so nothwendig ist. Die Frankfurter Versammlung hat noch andere bedenkliche Beschlüsse gefaßt, sie hat besonders verfügt, daß selbst im Fall des Krieges die Preßfreiheit nicht suspendirt werden dürfe. Meine Herren, wie kann da ein General Krieg führen, wenn die Presse alle seine Bewegungen kritisirt, alle seine Ansichten dem Feinde ruchbar macht. Meine Herren, das erste Recht ist das Recht auf Bestehen der staatlichen Ordnung und das wird durch solche Beschlüsse gefährdet. Der Antrag wird unterstützt.

Abg. Leue: Ist gegen den Antrag, weil die Regierung das Prinzip der Vereinbarnng festhalte und deshalb alle Frankfurter Beschlüsse der Genehmigung unserer Regierung unterlegen. Es sei aber noch nichts verweigert und darum käme der Antrag zu früh.

Abg. Flottwell verzichtet aufs Wort.

Abg. Kisker glaubt nicht, daß Hansemann bei seinen Ansichten die Majorität der Kammer hat. Behauptet, die Kammer habe hier die preuß. Verfassung zu revidiren, nicht die deutsche, und findet den Antrag unzeitgemäß und formell unzulässig.

Abg. Graf Dyhrn ist so zufrieden mit der Rede Kiskers, daß er aufs Wort verzichtet.

Abg. Maurach spricht gegen den Antrag, weil er von demselben kein praktisches Resultat erwartet, aber nur ein Hinausschieben der deutschen Einheit.

Abg. Hansemann weiset in wenigen Worten seine Gegner, namentlich Kisker siegreich zurück. Demnach wird der Antrag verworfen.

Der unterstützte Antrag von Schleinitz und Genossen kommt heute nicht zur Debatte, weil der Herr Antragsteller erklärt, er werde ihn erst in der ersten Sitzung der künftigen Woche begründen.

Der Herr Präsident zeigt noch die Neuwahl des Abg. Kommerzien-Rath Streithorst an, dann schließt er die Sitzung 11½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch Vormittag 10 Uhr.

Berlin, 20. März. (Sitzung der zweiten Kammer. Präsident: Grabow.) Am Ministertisch: v. Brandenburg und Strotha (in Uniform), v. Manteuffel, Rintelen, v. d. Heydt, v. Rabe. — Nach Verlesung des Protokolls, übergiebt der Herr Finanz-Minister den Finanz-Etat pro 1849 und empfiehlt ihn der Berathung einer besonders dazu zu ernennenden Commission. Er erwähnt ferner des verbreiteten Gerüchts, daß der Staat eine Anleihe von 70 Millionen zu machen beabsichtige. Dies Gerücht ist aber völlig grundlos, da die Mittel vollständig vorhanden sind, um alle Ausgaben zu bestreiten. —

Die Versammlung schreitet zur Adreßdebatte. Es erhalten das Wort v. Kirchmann gegen die Adresse. Wegen einer beleidigenden Aeußerung gegen das Ministerium verlangt der Minister-Präsident den Ordnungsruf, der erfolgt, aber eine längere und lebhafte Unterbrechung hervorruft.

Nach längerer Debatte erhielt der Abgeordnete v. Vincke als Referent der Adreß-Commission zuletzt das Wort; er beleuchtete scharf und witzig die gegen die Adresse vorgebrachten Einwände. — Die Versammlung geht sodann zur Abstimmung über die Amendements über. — Ueber das Amendement d'Ester und Genossen wird Namensaufruf beschlossen.

Berlin, 18. März. Die von dem Handelsstande der Kreise Glatz und Habelschwerdt resp. Reichenbach, Schweidnitz und Waldenburg beantragte Errichtung zweier Handelskammern hat nunmehr die Allerhöchste Genehmigung erhalten. Erstere wird ihren Sitz in Glatz, die andere in Schweidnitz nehmen. (D.Ref.)

Berlin, 19. März. Am verflossenen Freitag (16. März) traten hier die Vertrauensmänner sämmtlicher konservativen Wahlmänner der Hauptstadt, sowohl jener für die erste wie für die zweite Kammer, zusammen, um über das Programm der im ganzen Gebiete der Hauptstadt zu gründenden konstitutionellen Bezirksvereine zu berathen. Das Programm ward festgestellt und zwar so, daß es sich in seinen Hauptgrundsätzen dem Programm der Rechten und des rechten Centrums der zweiten Kammer anschließt. Zugleich wird indessen in dem Programm ausgesprochen, daß die Verbesserung der Lage der bedrängten Volksklassen und die sittliche Erhebung derselben eine der Hauptaufgaben der zu gründenden und über den ganzen Umfang der preußischen Monarchie auszubreitenden konstitutionellen Bezirksvereine sein soll. (D.Ref.)

Berlin, 20. März. Das nunmehr publicirte Erkenntniß zweiter Instanz im Dowiatschen Prozeß ist härter ausgefallen, als man geglaubt

hatte. Keine einzige der erkannten hohen Strafen ist gemildert worden, namentlich nicht die des Handlungsdieners **Müller**, nur zwei der Angeklagten, Scharlau und Pastewski, welche in erster Instanz verurtheilt waren, sind von der Anklage entbunden worden; in Bezug auf die übrigen acht, ist das Erkenntniß erster Instanz lediglich bestätigt worden. Das Tumultgesetz vom Jahre 1835, welches der Ober-Appellations-Senat des Kammergerichts bisher in Folge der März-Ereignisse v. J. außer Anwendung gelassen hatte, hat derselbe in diesem Prozeß plötzlich wieder für gültig erklärt.

— Bei vielen Offizieren wurde seit einiger Zeit die deutsche Kokarde, die neben der preußischen getragen werden soll, vermißt. Herr von **Wrangel** hat deshalb strenge Befehle erlassen, und das Nichttragen des schwarz-roth-goldenen Abzeichens mit 6tägigem Arrest bedroht. (L. C.)

— Der Publicist No. 21 hatte gemeldet, daß die Vorlesungen an hiesiger Universitäi am 16. März geschlossen und alle hier nicht heimathberechtigte Studenten veranlaßt werden würden, Berlin sofort und jedenfalls noch vor dem 18ten März zu verlassen. Diese Mittheilung entbehrt all' und jedes Grundes.

— Am Rosenthaler Thore wurde am 18. d. bei drei mit der Eisenbahn angekommenen Fremden eine ganze Kiste mit Pistolen in Beschlag genommen.

— Die dänische Frage, welche am 15ten d. aus Veranlassung der Adreß-Debatte unserer ersten Kammer reichen Stoff zu patriotischer Gesinnungs-Aeußerung bot, berührt hier das Publikum im Allgemeinen sehr wenig. Dennoch treten in Betreff derselben zwei entgegengesetzte Ansichten sehr entschieden zu Tage. Dieselben Leute, welche ohne allen Blick in die Zukunft und Gegenwart nur von der Erinnerung an das Preußen vor dem 18. März v. J. zehren, die von einem Deutschland außer Preußen und von einem Preußen in und mit Deutschland nie etwas gewußt haben, die in dem jüngsten Antrage Welcker's eine Beleidigung, eine Gefährdung Preußens finden, dieselben Leute sind mit aller Beredtsamkeit gegen eine Betheiligung Preußens an einem Kriege für das gute Recht und die Ehre Schleswigs und Deutschlands, weil sie eben keine deutsche, sondern nur eine preußische Ehre kennen. Der größere Theil aber der intelligenteren Bevölkerung Berlins ist von dem Bewußtsein durchdrungen, daß Preußen gerade in der Ehre Deutschlands seine eigene Ehre zu suchen hat, daß Preußen berufen ist, Deutschland groß und herrlich zu machen, und nur durch Erfüllung dieses Berufes selbst groß und herrlich da stehen kann. Diese Partei, wenn sie auch nicht mit Gleichgültigkeit die empfindlichen Schläge, welche dem Handel unserer Küsten-Provinzen drohen, betrachtet, wenn sogar Viele derselben die Anrechte Deutschlands an Schleswig bezweifeln, setzt die National-Ehre über den Vortheil, selbst auf die Gefahr hin, daß auch Rußland sein Schwert für Dänemark in die Wagschale legen werde. Diese Gesinnung erhält reiche Nahrung durch die Gerüchte über die Friedensbedingungen, welche das übermüthige Dänemark gestellt haben soll. Dänemark verlangt unter der Garantie Englands und Rußlands von Preußen nicht weniger als 4 Millionen Thaler Kriegs-Entschädigungung, dafür will es großmüthig handeln und Deutschland belassen, was ihm noch Niemand bestritten hat, Holstein. In der That, eine rührende Großmuth! Deutschland wird dieser Großmuth zu begegnen und sein Recht und seine Ehre zu vertreten wissen, mit oder ohne Flotte. (Köln. Z.)

Berlin, 20. März. Wie wir hören, wird zwar mit der Mobilmachung der für die Herzogthümer bestimmten diesseitigen Truppen fortgefahren, der Abmarsch derselben aber einstweilen ausgesetzt bleiben. Auch wird die von Seiten Dänemarks angeküdigte Blokade der Schleswig-Holsteinischen Häfen, wenn auch dem Wortlaut nach noch nicht zurückgenommen, doch nicht zur Ausführung kommen. Man kann daraus auf eine vorläufige Verlängerung des Waffenstillstandes schließen, dem hoffentlich ein dauernder Friede folgen wird. (D. Ref.)

Potsdam, 18. März. Gestern fanden sich an allen Straßenecken rothe polizeiliche Plakate, welche die Warnung enthielten, daß dem Vernehmen nach eine Volksversammlung vor einem der Thore Potsdams und ein Umzug durch die Stadt beabsichtigt sei, hierzu aber die erforderliche polizeiliche Erlaubniß weder nachgesucht sei, noch ertheilt sein würde, wegen daraus leicht entstehender Ruhestörungen, deshalb würde man eine solche Demonstration, wenn sie wirklich stattfinden sollte, durch alle gesetzlichen Mittel, nöthigenfalls durch Militair unterdrücken. In der That sollen deshalb Verstärkungen der Wachen stattgefunden haben. Heute blieb hier Alles ruhig.

Köln, 16. März. Bei Gelegenheit der Lasalleschen Assisenprocedur stellte sich heraus, daß der Gensdarm, welcher den Beschuldigten zu hüten hatte, der Gräfin Hatzfeld Zusammenkünfte mit Letzterm gestattete. In Folge einer hieraus entstandenen Untersuchung stand die Gräfin der Bestechung eines Beamten beschuldigt, heute vor dem Zuchtpolizeigerichte, wurde aber freigesprochen.

Bacharach a. Rhein, 16. März. Heute, in früher Morgenstunde, stießen der zu Thal kommende Remorquer „Donnersberg“ mit 4 Schiffen im Schlepptau, und das zu Berg fahrende Dampfboot „Nederlander“, hiesigem Städtchen gegenüber, bei der Wirbellei, mit so großer Heftigkeit aneinander, daß beide Dampfer hier anlegen mußten. Die Ladung des stark beschädigten Bergbootes mußte in ein Segelschiff geborgen werden, während der weniger gelittene Remorquer seine Fahrt bald wieder fortsetzen konnte.

Dresden, 16. März. Staatsminister von Beust erklärte, daß das Ministerium keinen Anlaß habe, die im Januar über das Reichsoberhaupt abgegebene Erklärung zurückzunehmen. Gehe Welcker's Antrag durch, so sei Preußens Erklärung abzuwarten.

— 17. März. In der II. Kammer kam die Interpellation wegen der Absendung sächsischer Truppen nach Schleswig zur Debatte. Ein Antrag Böttchers und Genossen lautete „im Verein mit der 1. Kammer sich dahin zu erklären, daß die Staatsregierung verfassungsmäßig ohne Genehmigung der Kammern der etwanigen Anordnung der provisorischen Centralgewalt für Deutschland auf Verwendung sächsischer Truppen zum Kriege gegen Dänemark nicht Folge leisten, noch den Einmarsch nichtsächsischer Truppen in Sachsen dulden könnte.“ Die Antragsteller suchen darzustellen, der Krieg gegen Dänemark sei eine bloße Maske, um diplomatische Intriguen zu verdecken. Die Schleswiger könnten sich selbst helfen. Die Centralgewalt habe kein Recht, nach Sachsen fremde Truppen zu schicken. Der erste Theil des Antrags wird nach langer Debatte verworfen, der zweite angenommen. Die sächsischen Truppen sind bereits abmarschirt und concentriren sich um Leipzig. (In der That eine sehr deutsche Gesinnung!)

Dresden, 18. März. Gestern hatten wir hier Garnisonwechsel. Es marschirte der größere Theil des Regiments vac. Prinz Maximilian aus, um nach Schleswig-Holstein zu gehen, dagegen rückte ein Theil vom Regimente Prinz Albert, seither in Thüringen stationirt, hier ein. (N.P.Z.)

Leipzig, 15. März. Die neuesten Nachrichten aus Frankfurt machten gestern hier große Sensation und gaben zu verschiedenen Vereinssitzungen Anlaß. Obwohl es eine starke Partei in Sachsen giebt, die von einem erblichen Kaiser als Oberhaupt Deutschlands nicht wissen will, ja, die selbst um den Preis der Anarchie noch immer eine republikanische Spitze wünscht, würde doch die bei Weitem überwiegende Zahl der Besonnenen und Gemäßigten einen erblichen Kaiser Deutschlands, erwählt von der National-Versammlung in Frankfurt, freudig begrüßen.

Hannover, 17. März. Mehrere Zeitungen bringen die Nachricht, Hannover habe mit Rücksicht auf die bevorstehende deutsche Zollvereinigung den unterm 10. Juni 1846 mit Nordamerika geschlossenen Schiffahrts- und Handelsvertrag gekündigt. Die wahre Sachlage ist jedoch folgende: In Art. 11. des genannten Vertrages hat Hannover sich vorbehalten, den Eingangszoll auf Taback und Tabacksblätter in Fässern erhöhen zu dürfen. Dieser Vorbehalt ist auf Veranlassung Hannovers in den Vertrag gekommen, weil man, mit Rücksicht auf den etwanigen Anschluß an den Zollverein, Anstand nahm, gegen die Vereinigten Staaten die vertragsmäßige Verpflichtung zu übernehmen, den dermaligen Eingangszoll für Tabacksblätter rc. während der Dauer des Vertrages nicht zu erhöhen und denselben daher die Befugniß eingeräumt hat, für den Fall einer solchen, ein Jahr vor der Ausführung zur Anzeige zu bringenden Erhöhung den ganzen Vertrag aufzuheben. Hannover hat jedoch nicht diese Befugniß vor Ablauf des Jahres 1859, für welche Zeit der Vertrag geschlossen worden, und hat daher auch den Vertrag nicht kündigen können. (D. Ref.)

Harburg, 16. März. Für hiesigen Ort sind angesagt als vom 17. bis 26. d. Mts. durchrückende Reichstruppen. A. Hannoveraner: 6 Bataillon Infanterie (5070) Mann, 4 Schwadron Cavallerie (609 Pferde), 2 Fußbatterieen (12 Geschütze), 1 reitende Batterie (6-Pfünder); B. Preußen: 6 Schwadron Cavallerie (900 Pferde), 1 reitende Batterie (8 Geschütze); C. Sachsen: 4 Schwadron Cavallerie (562 Pferde); D. Nassau: 2 Bataillon Infanterie (1600 Mann), 1 6-Pfünder Batterie (6 Geschütze), 4 Schwadron Cavallerie (533 Pferde), 1 6-Pfünder-Batterie (6 Geschütze) von Wiesbaden; 1 Bataillon Infanterie (800 Mann) von Weimar; 1 Bataillon Infanterie (800 Mann) von Gotha; 1 Bataillon Infanterie (800 Mann) von Gera, Schleiz; 1 Bataillon Infanterie (900 Mann) von Meiningen, (die Altenburger, 970 Mann, sind schon länger hier); E. Baiern: 6 Bataillon Infanterie (5125 Mann), 2 Fußbatterieen (16 Geschütze), 6 Schwadron Cavallerie (900 Pferde). (Z. f. N.)

Nürnberg, 13. März. Gestern Abend wurde auf Requisition des K. Stadtgerichts der derzeitige Redakteur des „freien Staatsbürgers,“ Lang, in Verhaft genommen. Als Grund derselben wird augegeben, unehrerbietiger Tadel der Behörden, den man in der Schlußbemerkung finden will, welche Lang zu dem Kolb'schen Referate, bezüglich des sogenannten griechischen Anlehens, machte und zu der er sich als Verfasser bekennt: „wäre unsere Regierung nicht so eselhaft, so dürfte sie Gott danken für eine solche Kammer.“ (F. J.)

Frankfurt, 15. März. Der hiesige Abgeordnete Giskra trägt die Abschrift eines Verhafts-Befehls der österreichischen Regierung in der Tasche, die den Grenz-Beamten aufgiebt, den Genannten im Betretungsfalle sofort zu arretiren. (H. C.)

Frankfurt, 16. März. Die Ob.-P.-A.-Z. sagt: Der Ausschuß der sächsischen zweiten Kammer wird der Volksvertretung vorschlagen, den Matrikularbeitrag des Königreichs Sachsen für die Gründung einer deutschen Kriegsflotte nicht zu bewilligen. Während die sächsischen Stände die Mittel zur Gründung einer deutschen Flotte verweigern, und in der Kammer verlangt wird, die nach Schleswig aufgebotenen sächsischen Reichstruppen nicht marschiren zu lassen, stellt ein sächsischer Abgeordneter zur Reichsversammlung in dem 7. Sondergutachten zu dem Antrag des Abg. Welcker auf ungesäumte Annahme der Verfassung das Begehren — ein Reichsheer gegen Oesterreich aufzustellen! — Das sächsische Volk wird durch sein Urtheil über das Verfahren seiner jetzigen Vertreter zeigen, daß es eine vaterländische Gesinnung bewahrt, daß es kein Bundesgenosse der Feinde Deutschlands sein will; es hat Ursache, sich einer Vertretung zu schämen, in welcher Stimmen laut werden, die in Kopenhagen eher als in Dresden am Platze wären. (Voss. Z.)

Frankfurt a. M., 17. März. Eine neue preußische Note, an die deutsche Centralgewalt gerichtet, ist nicht eingetroffen. Dagegen zirkulirt ein ceremonielles Antwortschreiben der preußischen Regierung auf die ihr zugesandte österreichische Note, welches wir demnächst mittheilen werden. (O.-P.-A.-Z.)

Frankfurt a. M., 18. März. Die Frankfurter Zeitung vom 17. März verkündet eine preußische Zirkular-Note, „in welcher sich die preußische Regierung mit den Ansichten Oesterreichs über die oberste Reichsbehörde vollständig einverstanden erkläre und ihre Gesandten anweise, in diesem Sinne zu handeln.“ Die Ansicht dieser neuen Mittheilung liegt wiederum sehr nahe, die Sache ist darum nicht minder unwahr als die neuliche Lüge desselben Blattes, der König von Preußen habe erklärt, daß er das Anerbieten der Kaiserkrone mit Indignation zurückweise. Es ist unwahr, daß die preußische Regierung einverstanden sei mit dem Direktorium Oesterreichs und seine Gesandten angewiesen habe, in diesem Sinne zu handeln. Preußen erklärt antwortend auf die österreichische Note vom 27. Februar, welche das Direktorium der 7 Prinzen vorschlägt, nichts weiter als seine Bereitwilligkeit, über diese Vorschläge in Unterhandlung zu treten mit den übrigen Regierungen und mit der Reichs-Versammlung: es spricht seine Befriedigung darüber aus, daß Oesterreich nun auch den Weg der Verständigang betrete mit der Reichs-Versammlung; (die österreichische Note vom 27. Februar sprach von Vereinbarung.) (D. Ref.)

Hamburg, 14. März. Seit gestern Nachmittag ward unsere Stadt in allen Kreisen von der deutschen Kaiserfrage so lebhaft bewegt, daß alle anderen politischen Conjuncturen des Augenblickes, auch die so drohende dänische Kriegssache darüber vergessen wurden. Wir nehmen aus der Stimmung, welche sich hier bei der kolossalen Neuigkeit kund gab, Anlaß zu der Bemerkung: daß Hamburg als erste Handelsstadt mit einem preußischen Erb-Kaiserthume sich in freudiger Zuversicht auf die dadurch zu befestigende Gesammt-Wohlfahrt des Vaterlandes einverstanden erklären würde. Die Wahrscheinlichkeit der Entscheidung in diesem Sinne ist uns näher gerückt; ob aber auch die Annahme der Kaiserkrone? Hierüber hörte man in hiesigen Kreisen sehr unerfreuliche Zweifel bis jetzt laut werden.

Hamburg, 18. März. Privatbriefen aus Kopenhagen vom 15. d. zufolge, soll ein Theil der Dänischen Flotte, darunter einige Linienschiffe, nach der Nordsee unter Segel gegangen sein.

— Aus Dresden erfahren wir, daß der todtgesagte Schuselka sich dort befand und nächstens nach Hamburg kommen wollte. (H. C.)

Altona, 17. März. Aus Frankfurt vom 14. d. Mts. geht uns wieder folgende interessante Mittheilung zu: Die Frage, ob wir am 27. d. Krieg oder Waffenruhe haben werden, ist noch nicht entschieden; das dänische Kabinet scheint in der peinlichsten Verlegenheit zu sein, es fährt fort, der Centralgewalt, Preußen und den übrigen Großmächten die Versicherung zu geben, daß die Kündigung des Waffenstillstandes nur zur Beruhigung dienen solle, worauf auch von Berlin dem dortigen Verkündiger dieser Beruhigung, v. Plessen, offiziell erwidert ist: das sei eine ganz eigenthümliche Art zu beruhigen. Noch eigenthümlicher ist es, daß Dänemark die deutsche Centralgewalt gestern um Hülfe gebeten hat gegen die Aufrührer und Rebellen in den Herzogthümern. — Die Centralgewalt rüstet mit Ernst und Eifer und faßt alle Eventualitäten ins Auge.

Von der Eider, 14. März. Es heißt, daß man in Kopenhagen entschlossen ist, sobald die dänischen Truppen bei Flensburg angelangt sind, den dänischen Reichstag in Kopenhagen aufzulösen und eine Verfassung für Dänemark und Schleswig zu octroyiren. Es wird in dieser Verfassung ungefähr der bisherige Entwurf aufrecht erhalten werden, da man nicht beabsichtigt, die Freiheiten des Volkes zu beeinträchtigen; man wird sich sogar unter Umständen bereit erklären, noch weiter zu gehen, als die Linke in Kopenhagen, Tscherning und Christensen, erwarten dürfen. Denn man will vor Allem durch diesen Staatsstreich der großen Verlegenheit entgehen, die Schleswiger selber zur Berathung über die Verfassung herbeiziehen zu müssen. Es wird zugleich gesagt, daß man dänischer Seits das Herzogthum Holstein seiner eigenen Konstitution überlassen wird; wie man die Personal-Union zu erledigen gedenkt, darüber verlautet nichts; nur behauptet man, daß Schleswig einen eigenen Statthalter erhalten und in administrativer und finanzieller Beziehung von Dänemark, freilich auch von Holstein, geschieden werden soll; dagegen sollen gewisse Verhältnisse für die Herzogthümer gemeinsam bleiben, wie z. B. das Ober-Appellationsgericht und die Universität. (B. N.)

Aus Schleswig-Holstein, 17. März. Da die gemeinsame Regierung, ob verlängerter Waffenstillstand oder Krieg eintrete, nicht Willens ist, die Verwaltung der Herzogthümer ferner fortzuführen, so hat die Centralgewalt beschlossen, eine unter ihrer besonderen Obhut stehende provisorische Regierung einzusetzen, wozu sie — da die Regierung ein Triumvirat bilden soll — zwei Mitglieder (Beseler, Reventlow-Preetz) vorgeschlagen und das dritte die Landesversammlung vorzuschlagen hat. Ein großer Theil der Versammlung wünscht den Herzog Christian August von Augustenburg an die Spitze der neuen Regierung gestellt zu sehen und ist auch die Centralgewalt davon in Kenntniß gesetzt worden. Der Herzog besitzt die Sympathieen des Schleswig-Hosteinischen Volkes, und die Opfer, die er der guten Sache gebracht, berechtigen ihn, Mitglied der provisorischen Regierung zu sein, ohne sich an den Ingrimm der ubelgesinnten Dänenfreude zu kehren.

— Der zur Erörterung des Rechtspunktes der Schleswigschen Frage vor einiger Zeit nach London gesandte Advokat Saninger ist, ohne mit neuen Resultaten der Friedensunterhändler versehen zu sein, zurückgekehrt und was wir davon erfahren, ist dies, daß die Friedensunterhandlungen faktisch abgebrochen seien. Der Schleswig-Holsteinische Bevollmächtigte, Herr Franke in Frankfurt, hat zwar hierher berichtet, daß die Dänische Regierung auf Andringen der großbritanischen endlich erklärt habe, daß sie sich auf eine ausdrückliche Verlängerung des Waffenstillstandes nicht einlassen wolle, wohl aber auf eine stillschweigende von Monat zu Monat; aber wir haben hier für eine solche Weise der Verlängerung wenig Vertrauen, weil die Herzogthümer unversehens von Alsen mit Dänen überschüttet würden, oder ein bewaffneter Einfall von der Nordgränze, da die Dänen sich an keine Verpflichtungen halten, dürfte dann in Aussicht stehen. Das jacta alea est ist nun einmal ausgesprochen, und da alle Mittet der Versöhnung und der friedlichen Ausgleichung mit Dänemark erschöpft sind, so kann nur noch, wenn das Recht der Herzogthümer gewahrt werden soll das Schwert entscheiden (D. Ref.)

— Wie verlautet, soll dem General v. Bonin der Oberbefehl über sämmtliche Truppen, welche in den Herzogthümern operiren werden, von Reichswegen übertragen worden sein. Mehrere tüchtige Offiziere stehen ihm zur Seite. Wir sind neugierig, wie es dem Französischen General Favrier, den sich die Dänen haben kommen lassen und dessen Stimme im Dänischen Kriegsrathe als eine gewichtige angesehen wird, im Felde ergehen werde. Unter Anderm hatte derselbe einst das Malheur, bei Waterloo von Halket gefangen genommen zu werden.

Oesterreich.

Wien, 16. März. Der Prozeß gegen die Mörder Latour's ist seinem Ende nahe. Wir entnehmen darüber dem „Soldatenfreund" folgende Notiz: „Fünf der Verbrecher haben bereits ihre unmittelbare, thätliche Betheiligung an dem Morde vor Gericht bekannt, und ihre Hinrichtung durfte in kurzer Zeit erfolgen. Die Namen dieser Unglücklichen sind: Wangler, Fischer, Brambosch, Jurkowitsch, Kohl. Schwer gravirt durch Zeugen-Aussagen und eigene Geständnisse sind noch drei andere: Wilhelm, Nemetz und Neumeyer; Letzterer wird von mehreren Augenzeugen beschuldigt, mit einem entwendeten Pioniersäbel dem Grafen einen Hieb in den Kopf versetzt zu haben, so wie gegen den Kattundrucker Nemetz der Verdacht vorliegt, daß er jener Gräßliche gewesen, der im demokratischen Central-Verein sich laut rühmte, dem Grafen ein spitzes Eisen in den Hals gestoßen zu haben. Als merkwürdig steht unter jenen verworfenen Mördern in mancher Beziehung der genannte Zimmermaler Brambosch da. Seine noch lebende, hochbejahrte Mutter diente, ihr Geschlecht verhehlend, als Soldat unter Napoleon, und fand Gelegenheit, sich um die Person dieses Kaisers dergestalt verdient zu machen, daß er ihr das Kreuz der Ehrenlegion verlieh. Zwölf Söhne entsprossen dem Schooße dieses tapferen Weibes, von denen, nach Brambosch's Aussage, eilf ruhmvoll vor dem Feinde blieben, während ihn, den Zwölften, der schimpfliche Tod des Verbrechens erwartete." (D. Ref.)

— Das Haus Nr. 26 in der Jägerzeile wurde vorgestern Nachmittags vom Militair umzingelt. Es hatte sich daselbst eine Versammlung in strafbarer Absicht (?) eingefunden. Als die Mitglieder gerade beisammen saßen, trat ein Commissär unter sie mit den Worten: „Meine Herren! Die Sitzung ist aufgehoben." Sämmtliche Anwesenden wurden sofort verhaftet. (B.Z.)

— Die Kirche „zu Maria Trost" in der Vorstadt St. Ulrich ward vorige Nacht der Art ausgeraubt, daß nicht einmal die nöthigesi Gegenstände zurückblieben, um am Morgen eine Messe zu lesen. (B.Z.)

— Schuselka befindet sich noch immer in Wien. (Und kein Wort dazu von Strang oder Haft). Auch der Ex-Präsident Smolka traf vor einigen Tagen hier ein. (B.Z.)

Wien, 17. März. Se. Majestät der Kaiser hat die Feldmarschall-Lieutenants Baron Welden, Graf Wratislaw, Baron Puchner, Baron d'Aspre, und den Banus von Croatien, Feldmarschall-Lieutenant Baron Jellachich, zu Feldzeugmeistern, respektive Generalen der Kavallerie ernannt. (Wien. Ztg.)

Wien, 17. März. Briefe aus Frankfurt können nicht genug von der Entmuthigung erzählen, welche die österreichischen Deputirten bei den unerwarteten Nachrichten aus Olmütz erfaßte. Selbst Herr v. Schmerling hatte keine Ahnung von diesem Schritte und war auf das Unangenehmste davon überrascht. Er sah sogleich die unausweichlichen Folgen voraus und gab seine Entlassung als Bevollmächtigter bei der Centralgewalt, wobei er sich aber ausdrücklich jede Gunstbezeigung, wie sie bei dergleichen Anlässen in Ertheilung von Dekorationen oder Beförderung im Staatsdienste zu bestehen pflegte, verbat. — Während ich dieses schreibe, wird Ihnen wahrscheinlich bereits das Resultat der Frankfurter Berathung bekannt sein; alle Muthmaßungen, die ich auszusprechen mich versucht fühlte, werden daher schon antiquirt sein. Ich erwähne daher blos, daß man in den hiesigen höheren Kreisen sich mit der sicheren Erwartung trägt, der König von Preußen werde die Kaiserwürde, selbst wenn sie ihm angeboten würde, nicht annehmen, und keine Konstituirung Deutschlands ohne Oesterreich zulassen; so festes Gewicht legt man auf die russische Einsprache. Gewiß aber ist es, daß Oesterreich, so wie es aus Deutschland gänzlich zu treten genöthigt ist, ein um so innigeres Schutz- und Trutzbündniß mit Rußland eingehen wird, ja wird eingehen müssen. Das ist die Konsequenz der Politik unserer Staatsmänner, und nach den Sympathieen der Völker fragt man bei uns schon lange nicht mehr. (D.Ref.)

Wien, 18. März. Sehr ernsthaft sind die Nachrichten, die aus den südslawischen Provinzen über die Aufnahme, welche die oktroyirte Verfassung daselbst gefunden, einlaufen. Alle Berichte stimmen überein, daß die neue Verfassung in allen Theilen der südslawischen Provinzen, in Kroatien, Slavonien, wie in der neuen serbischen Woywodschaft, die bitterste Stimmung rege gemacht hat; alle südslavischen Organe ohne Ausnahme wiederhallen von Vorwürfen und Anklagen der Central-Regierung. Dieses ist also der Dank, sagen sie, für die unsäglichen Opfer, die wir der Erhaltung und Wiederherstellung Oesterreichs gebracht, daß man uns mit einer Verfassung beschenkt, die uns, anstatt unsere Wünsche und die so oft uns gemachten Verheißungen zu erfüllen, noch das nimmt was wir hatten? Wenn wir durch unsere Opfer nichts Anderes erreicht haben sollen, als daß wir zum deutschen Central-Ministerium in Wien in demselben Verhältnisse stehen, als früher zum ungarischen Ministerium in Pesth, dann ist's Schade um das Blut, das wir für unsere Befreiung aus der magyarischen Knechtschaft verspritzt. So lauten die Töne, die aus Südslavien herüber schallen. Sie sehen, die immer wachsende Opposition in jenen Provinzen, auf die ich in meinen Briefen wiederholt aufmerksam machte, ist endlich zum Ausbruche gekommen. Noch bewegt sie sich auf dem gesetzlichen Boden, auf dem Boden der Debatte, und Gott behüte uns davor, daß sie einen anderen Boden betrete. In dem Augenblicke, wo der Krieg in Italien von Neuem ausbricht, wo der Kampf in Ungarn in eine immer unabsehbarere Länge sich hinauszieht, wo neue ernste Verwickelungen mit Deutschland und Preußen drohen, würde eine Erhebung der südslavischen Provinzen von den unberechenbarsten Folgen sein. Der Regierung würde dann wohl kein anderes Mittel übrig sein, als sich offen in Rußlands Arme zu werfen; die Hunderttausende Russen, die an der Grenze rufgewärtig stehen, würden einrücken und die Revolution bewältigen, aber als Gegendienst würde Rußland die Donau-Provinzen, und mit ihnen Oesterreichs Zukunft nehmen. (D.R.)

Mailand, 13. März. Gestern traf ein piemontesischer Ingenieur-Major im Hauptquartier zu Mailand ein, der dem Marschall die Aufkündigung des Waffenstillstandes überbrachte. Motivirt war diese Aufkündigung dadurch, daß der Marschall durch die Heimsuchung Ferrara's, dann durch die Vorbereitungen, Venedig anzugreifen, endlich durch Ueberschreitung des Schweizergebietes (wie, wo, wann?) den Waffenstillstand gebrochen hätte. Bemerkenswerth ist es, daß dieses Aktenstück weder vom König, noch von dem Chef der Armee, sondern nur von dem Minister des Aeußern unterzeichnet war. Der Marschall Radetzky gab gar keine Erwiederung darauf, sondern nur eine einfache Bestätigung, daß er das Schreiben empfangen habe. Die Nachricht verbreitete sich bald durch die ganze Stadt — erregte ungemeine Freude in der Garnison, Bestürzung bei den Bewohnern Mailands. Abends war großer Zapfenstreich, donnernde Vivats wurden dem Marschall dargebracht. Sogar in dem Scala-Theater mußten die Sänger die Volkshymne zum Besten geben. „Soldaten! Endlich hat die heißersehnte Stunde geschlagen! Der Feind, dem wir großmüthig einen Waffenstillstand gewährten, hat denselben benutzt um uns nochmals mit Krieg zu überziehen. Der verrätherische König streckt nochmals seine Hand nach der Krone Italiens aus! Soldaten, es sind dieselben Feinde die ihr bei St. Lucia, Volta und Custozza besiegt habt; darum vorwärts, in ihrer Hauptstadt werden wir den Frieden diktiren, Turin ist unsere Losung!" So lautet ungefähr der Armeebefehl Radetzky's.

Venedig, 5. März. Der Deputirte Ovesani trug wegen des Ernstes der Umstände auf Einsetzung einer Diktatur an. Die Legislativ-Versammlung hat diesen Antrag in Betracht gezogen und dem betreffenden Ausschuß befohlen, ihr schleunig zu berichten.

Großbritannien.

London, 15. März. Nach Handelsbriefen, die gerade bei Abfahrt des Paketbootes von Bombay geschrieben wurden, war dort, wie das Cheltenham Journal berichtet, unter den Eingeborenen in den Bazars die für zuverlässig geltende Nachricht verbreitet, daß eine zweite furchtbare Schlacht zwischen Lord Gough und Schihr Singh stattgefunden habe, in welcher die Briten entschieden gesiegt und die Sikhs über den Dschelum getrieben hätten. Eine Liverpooler Zeitung meldet dasselbe und setzt hinzu, daß die Eingeborenen solche Nachrichten in der Regel früher bekämen, als die Regierung, und daß sie keinesweges Neigung hätten, Siege der Briten auszuposaunen, wenn sie nicht von der Zuverlässigkeit der Thatsache überzeugt seien.

— Uebereinstimmend mit den Erklärungen, die Lord Palmerston im Unterhause abgegeben, spricht die Times ihre Ansicht dahin aus, daß die Friedens-Unterhandlungen mit Dänemark von Erfolg gekrönt sein würden.

Sie hofft diesen Erfolg jedoch nicht sowohl durch die Nachgiebigkeit Dänemarks, sondern Deutschlands, und beruft sich dieserhalb auf den Freiherrn v. Gagern und die deutsche Reichsversammlung, welche die unhaltbare Union zwischen Schleswig und Holstein aufgegeben hätten. Merkwürdig ist der Satz: „Wenn die russische Regierung aufrichtig die Verhandlung zum Schluß wünscht, so kann kein Zweifel sein, daß eine Ausgleichung zu Stande kommen wird. Was Preußen betrifft, so ist es, bei dem jetzigen Standpunkt seiner inneren Politik, seiner Finanzen und seiner auswärtigen Allianzen, unmöglich, daß es einen Wunsch nach ferneren Feindseligkeiten hegen sollte."

— Man kündigt die Verheirathung der älteren Tochter des Herrn Guizot mit einem Unterhaus-Mitgliede zu London an.

— Die Edinburger Handels-Kammer hat sich mit 19 gegen 6 Stimmen für eine Petition um Abschaffung der Navigations-Gesetze entschieden.

— Aus einem Bericht über die Gefängnisse von Newgate geht hervor, daß auf 50 Männer und Kinder Eine Frau kommt. Dies liegt daran, daß diese letzteren ihre lasterhafte Laufbahn gewöhnlich in einer Weise beginnen, welche sie nicht unmittelbar gesetzlicher Strafe unterwirft. Es hat sich gefunden, daß sie gewöhnlich am wenigsten unterrichtet sind, und der Anfang ihrer Corruption meistentheils durch Subjekte ihres eigenen Geschlechtes herbeigeführt wird, nicht wie man im Allgemeinen glaubt, durch Männer.

— Zwei nach London gebrachte Proben aus der Quecksilber-Mine St. Clara in Ober-Californien geben einen Quecksilbergehalt von 60 bis 79 proCent.

London, 16. März. Gestern hat das Unterhaus, nach wieder aufgenommener Debatte, den Antrag d'Israeli's auf Erleichterung der Grundbesteuerung mit 280 gegen 189, also mit einer Majorität von 91 Stimmen, verworfen, nachdem vorher auch das von Hume dazu beantragte Amendement, und zwar dieses mit 394 gegen 70, also mit einer Majorität von 324 Stimmen, durchgefallen war.

— Bei den Verhandlungen über die von Herrn Trelawney beantragte Resolution, daß nach der Ansicht des Unterhauses sofortige Maßregeln zur Abschaffung der Kirchensteuern zu treffen seien, die zur Erhaltung der gottesdienstlichen Gebäude der bischöflichen Kirche bestimmt sind, welche von den Gemeinde-Mitgliedern selbst ausgeschrieben und auch von Dissenters, welche Grundbesitzer in der Gemeinde sind, erhoben werden, erkannte zwar das Haus fast einstimmig die Uebelstände dieser Steuer an, sprach sich aber gegen die Annahme einer so allgemein gefaßten Resolution aus. Sir G. Grey und Lord J. Russell erklärten, daß, wenn ein Mitglied einen bestimmten Antrag auf eine Abgabe machte, welche geeignet wäre, die Kirchensteuer zu ersetzen, so würden sie dafür stimmen, hielten aber die Resolution für gefährlich im Prinzip und nachtheilig in ihren Folgen.

— Zwölf der in Irland befindlichen Kavallerie-Regimenter haben Befehl zur Rückkehr nach England erhalten.

— Das riesige Dampfschiff „Great Britain" ist für 25,000 Pf. St. an eine Gesellschaft verkauft worden, welche einen Dampfschiffdienst zwischen San Francisco in Kalifornien und irgend einem Punkte der Küsten von Süd-Amerika einzurichten bezweckt.

— Nach den neuesten Berichten aus Kalifornien scheinen die dortigen Landbesitzer den Reichthum der Goldregion bedeutend übertrieben zu haben. Der Werth des bis zum Abgange der letzten Berichte gesammelten Goldes soll nach den weitgreifendsten Angaben 4 Millionen Dollars nicht übersteigen, nach anderen aber kaum die Hälfte betragen. Uebrigens hatte wegen des gefallenen tiefen Schnees das Goldsuchen eingestellt werden müssen und sollte erst im Frühjahr wieder beginnen. Eine Familie von 10 Personen, die etwa für 15,000 Dollars Gold gesammelt hatte, war auf dem Heimwege nach San Franzisco von Wegelagerern angefallen, beraubt und ermordet worden.

Türkei.

Reisende, welche aus den nördlichen Provinzen des türkischen Reiches eintreffen, erzählen von einer Aufregung der Gemüther, welche die ganze christliche Bevölkerung dort ergriffen hat. In ihrer Quelle, behauptet man, sei sie eins mit der Aufregung des vorigen Jahres in den beiden Donaufürstenthümern; dort wie hier sei sie durch russische Einwirkung hervorgerufen; dort noch Hoffnung, hier schon Furcht vor bleibendem russischen Regiment. Daß der Gährungsprozeß der Neuzeit den Osten eben so ergreifen werde, wie er den Westen ergriff, ist außer Zweifel. Die Nachrichten, die das letzte Dampfboot aus der Levante brachte, bestätigen es. Sicher ist, daß die Beziehungen der Pforte zu Rußland von Tag zu Tag schwieriger werden. Griechenland hört von den türkischen Rüstungen, und klagt, daß es nicht auch rüsten kann und darf. Auch aus Albanien meldet man, daß die Köpfe sich erhitzen. Dort aber ist es eher die türkische, als die christliche Bevölkerung, die klagt. Eine neue Truppenaushebung hat dort stattgefunden. In allen Abgaben, mit Ausnahme der Kopfsteuer, jetzt ebenso belastet, wie die Christen, ist es nur die türkische Bevölkerung, welche die Truppenaushebung trifft. Dazu kommt, daß die türkischen Gewalthaber als Summe der im letzten albanesischen Aufstande gemachten Erfahrungen die Regel nehmen, sich auf jede Weise bei der christlichen Bevölkerung beliebt zu machen und durch diese die widerspenstigen Albanesen niederhalten zu müssen. Der neue Gouverneur Rustem Pascha besucht den griechischen Erzbischof und die Archonten und nimmt Diners von ihnen an. Da glanbt denn der gemeine Moslim im gewöhnlichen Leben die drücken zu müssen, so viel an ihm liegt, die der Machthaber seinetwegen zu erhöhen strebt. Briefe aus Korfu stellen den Ausbruch eines neuen Aufstandes in Albanien für diesen Frühling in Aussicht.

— Der Sultan in höchst eigener Person hat sich nach dem Kriegsministerium und dem Arsenal begeben, um sich durch eigenen Augenschein von dem Fortgang der Zurüstungen zu überzeugen. Im Ganzen sollen 40 Kriegsschiffe, darunter 8 oder 9 Linienschiffe, ausgerüstet werden. Dieser Flotte fehlt es an nichts weiter, als an geübten Matrosen. Griechische und Armenische Christen sollen zu diesem Behuf angeworben werden.

Zu gleicher Zeit werden 300,000 Mann Soldaten aufgeboten, darunter 150,000 unregelmäßige Truppen, die früher fünf Jahre dienten und in den letzten sieben Jahren verabschiedet wurden. Diese sind unverweilt nach Konstantinopel einberufen worden. Die türkische Artillerie ist noch immer sehr mittelmäßig und auch die Reiterei lange nicht so gut als sie sein könnte. Obwohl der Minister des Auswärtigen jedes Sonderbündniß mit Rußland kategorisch von der Hand gewiesen hat, hält sich Herr v. Titow noch immer nicht geschlagen; neue Anerbietungen sind von seiner Seite erfolgt. Dabei scheint man in Petersburg nur das Eine vergessen zu haben, daß die Pforte in der letzten Zeit an Rußland eben keinen wohlwollenden Nachbar gehabt hat. Rußland bewaffnete, ohne die Pforte zu befragen, türkische Unterthanen, indem es den Serben 10,000 Flinten zugehen ließ. (D. Ref.)

Getreide-Bericht.

Berlin, 20. März.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: **Weizen** nach Qualität 54—58 Thlr.

Roggen, in loco 25 — 26 Thlr., pro Frühjahr 82pfünd. 24 Thlr. Br., 23¾ verk., 23½ G., pro Mai—Juni 24½ Thlr. Br., 24¼ G., pro Juni bis Juli 25¾ Thlr. Br., 25½ verk., pro Juli—Aug. 26¾ Thlr. Br., 26½ G.

Gerste, große, in loco 22—23 Thlr., kleine 19—21 Thlr.

Hafer, in loco nach Qualität 14 — 15 Thlr., pr. Frühjahr 48pfünd. 13⅓ Thlr. Br.

Rüböl, in loco 14 Thlr. bez. u. G., pro diesen Monat 14 Thlr. bez. u. Br., pro März — April 14 Thlr. bez. u. Br., 13 11/12 G., pro April — Mai 14 Thlr. Br., 13 11/12 G., pro Mai — Juni 13 11/12 Thlr. Br., 13⅚ G., pro Juni — Juli 13¾ Thlr. Br., 13⅔ G., pro Juli—August 13⅔ Thlr. Br., 13½ G, pro August—Septbr. 13 7/12 Thlr. Br., 13½ G., pro Septbr.—Oktbr. 13½ Thlr. bez. u. Br., proOktbr.—Novbr. 13 1/26 Thlr. Br., 13¼ G.

Leinöl, in loco 11 Thlr. bez., auf Lieferung pro April—Mai 10 7/12 a ½ Thlr.

Spiritus, in loco ohne Faß 14⅚ Thlr. verk., pro März 15 Thlr. Br., pro Frühjahr 15¼ Thlr. Br., 15 G., pro Mai—Juni 15⅓ Thlr. Br., 15½ G, pro Juni—Juli 16 Thlr. bez. u. Br.

Berliner Börse vom 20. März.

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld.	Gem.
Preuss. frw Anl.	5	$100\frac{3}{4}$	$100\frac{1}{4}$		Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	$92\frac{3}{4}$	$92\frac{1}{4}$	
St. Schuld-Sch.	$3\frac{1}{2}$	$78\frac{7}{8}$	$78\frac{3}{8}$		Kur-&Nm. do.	$3\frac{1}{2}$	93	$92\frac{1}{2}$	
Seeh. Präm-Sch.	—	—	$98\frac{3}{4}$		Schles. do.	$3\frac{1}{2}$	—	—	
K. & Nm. Schldv.	$3\frac{1}{2}$	—	—		do. Lt. B. gar. do.	$3\frac{1}{2}$	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	$98\frac{1}{4}$	—		Pr. Bk-Anth-Sch.	—	87	—	
Westpr. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	$85\frac{3}{4}$	—						
Grosh. Posen do.	4	$96\frac{1}{2}$	—		Friedrichsd'or.	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$	
do. do.	$3\frac{1}{2}$	81	—		And. Gldm. a 5 tlr.	—	$12\frac{2}{3}$	$12\frac{1}{6}$	
Ostpr. Pfandbr.	$3\frac{1}{2}$	—	—		Disconto	—	—	—	

Ausländische Fonds.

Russ Hamb. Cert.	5	—	—		Poln. neue Pfdbr.	4	$91\frac{1}{2}$	—	
do. b. Hope 3 4. s.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	$73\frac{1}{2}$	—	
do. do. 1. Anl.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	—	—	97	Serie
do Stiegl. 2 4 A.	4	$85\frac{3}{8}$	$84\frac{7}{8}$		Hamb. Feuer-Cas	$3\frac{1}{2}$	—	—	
do. do. 5 A.	4	—	—		do. Staats-Pr. Anl	—	—	—	
do. v. Rthsch. Lst.	5	—	—	105	Holl. 2½ o/o Int.	$2\frac{1}{2}$	—	—	
do. Poln. Schatz O.	4	$70\frac{1}{2}$	70		Kurh. Pr. O. 40 th.	—	27	—	
do. do. Cert. L. A.	5	82	—		Sard. do. 36 Fr.	—	—	—	
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	—		N. Bad. do. 35 Fl.	—	15	—	
Pol. Pfdbr. a. a. C.	4	—	—						

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinsfuss.	Reinertr 47	Tages-Cours.	Priorit.-Actien	Zinsfuss.	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B	4	$7\frac{3}{4}$	74 B. $73\frac{1}{2}$ G.	Berl.-Anhalt	4	87 G.
do. Hamburg	4	$2\frac{1}{2}$	$50\frac{1}{2}$ G.	do. Hamburg	$4\frac{1}{2}$	$91\frac{1}{4}$ B.
do. Stettin-Stargard	4	6	85 B.	do. Potsd.-Magd.	4	83 B.
do. Potsd.-Magdebg.	4	4	$53\frac{1}{4}$ bz.	do. do	5	$94\frac{3}{4}$ B.
Magd.-Halberstadt	4	7	$108\frac{1}{2}$ B.	do. Stettiner	5	$102\frac{1}{2}$ G.
do. Leipziger	4	15	—	Magdb.-Leipziger	4	—
Halle-Thüringer	4	—	$48\frac{1}{4}$ G.	Halle-Thüringer	$4\frac{1}{2}$	86 B.
Cöln-Minden	$3\frac{1}{2}$	—	$74\frac{1}{2}$ a $\frac{5}{8}$ bz.	Cöln-Minden	$4\frac{1}{2}$	$92\frac{1}{2}$ B.
do. Aachen	4	4	48 B.	Rhein. v. Staat gar.	$3\frac{1}{2}$	—
Bonn-Cöln	5	—	102 G.	do. 1 Priorität.	4	—
Düsseld.-Elberfeld	4	$4\frac{1}{2}$	—	do. Stamm-Prior.	4	—
Steele-Vohwinkel	4	—	36 B.	Düsseld.-Elberfeld	4	—
Niederschl. Märkisch.	$3\frac{1}{2}$	—	$71\frac{5}{8}$ B. $\frac{3}{8}$ G.	Niederschl.-Märkisch.	4	$85\frac{1}{4}$ a $\frac{3}{8}$ bz.
do. Zweigbahn	4	—	—	do. do	5	$98\frac{1}{2}$ B.
Oberschles. Litr. A.	$3\frac{1}{2}$	6	91 B.	do. III. Serie.	5	$93\frac{1}{2}$ B.
do. Litr. B.	$3\frac{1}{2}$	6	91 B.	do. Zweigbahn	$4\frac{1}{2}$	—
Cosel-Oderberg	4	—	—	do. do.	5	80 B.
Breslau-Freiburg	4	5	—	Oberschlesische	4	—
Krakau-Oberschles.	4	—	38 B.	Cosel-Oderberg	5	—
Bergisch-Märkische	4	—	55 B.	Steele-Vohwinkel	5	$88\frac{1}{2}$ G.
Stargard-Posen	$3\frac{1}{2}$	—	70 B. $69\frac{3}{4}$ G.	Breslau-Freiburg	4	—
Brieg-Neisse	4	—	—			
Quittungs-Bogen.		Einz		**Ausl. Stamm-Actien.**		
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	90	—	Dresden-Görlitz	4	—
Magdeb.-Wittenberg	4	60	—	Leipzig-Dresden	4	—
Aachen-Mastricht	4	30	—	Chemnitz-Risa	4	—
Thür. Verbind.-Bahn	4	20	—	Sächsisch-Bayerische	4	—
Ausl. Quittgs.-Bogen.				Kiel-Altona	4	$86\frac{1}{2}$ B.
Ludw.-Bexbach 24 Fl.	—	—	—	Amsterdam-Rotterdam	4	—
Pesther 26 Fl.	4	90	—	Mecklenburger	4	34 B. $33\frac{3}{4}$ G.
Fried.-Wilh.-Nordb.	4	90	$34\frac{1}{8}$ bz. u. G.			

Barometer- und Thermometerstand
bei C. F. Schultz & Comp.

März.	Tag.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt.	19	338,80'''	338,43'''	339,05'''
	20	338,00'''	336,58'''	337,04'''
Thermometer nach Réaumur.	19	— 4,0°	+ 0,5°	+ 2,6°
	20	— 1,5°	+ 1,6°	+ 1,5°

Beilage.

Beilage zu No. 68 der Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

Mittwoch, den 21. März 1849.

Deutschland.

Danzig, 15. März. Die Ostbahn-Angelegenheit hat gestern in unserer Stadtverordneten-Versammlung eine für unsere Stadt befriedigende Lösung gefunden, indem sich die Versammlung im Interesse des sofortigen Beginnes der Arbeit zu namhaften Opfern bereit erklärte. Herr Regierungsrath, Stadtsyndikus Pfeffer ist mit der Führung einer weiteren mündlichen Unterhandlung mit dem Herrn Handels-Minister beauftragt. (D.Ref.)

Bernburg, 17. März. Schon seit längerer Zeit machte sich in unserer früher so ruhigen Stadt eine bedeutende Aufregung bemerkbar. Zwei Parteien, von denen die eine auf den Umsturz der gesetzlichen Ordnung hinarbeitet, während die andere die Verwirklichung des konstitutionellen Prinzips anstrebt, treten sich täglich schroffer gegenüber. In den letzten Tagen deuteten Straßenerzesse und öffentliche Drohungen von Seiten der Umsturzpartei darauf hin, daß irgend ein größeres Unternehmen beabsichtigt werde. Gestern kam die Sache wirklich zum Ausbruche. Es war gegen einen der Haupträdelsführer, den Gerber Calm, ein richterlicher Verhaftsbefehl erlassen, der in der ersten Frühe des gestrigen Tages ausgeführt wurde. Der Pöbel, durch Branntwein aufgeregt, schaarte sich um das Gefängniß zusammen, um den Gefangenen mit Gewalt zu befreien, während seine Führer sich bemühten, auf dem Wege der Unterhandlung dies zu erreichen. Ehe noch irgend eine Entscheidung getroffen war, hatte der Volkshaufe das Gefängniß erbrochen und führte den Befreiten im Triumphe durch die Straßen, ohne daß das vor dem Gefängniß-Lokale aufgestellte Militair, das Seitens der Staatsbehörde leider ohne bestimmte Instruktion für solche Eventualitäten gelassen war, einzuschreiten sich verpflichtet fühlen konnte. Der Unwille über die rohe Gewaltthat stieg aufs Höchste, und die Behörde sah sich veranlaßt, sofort die Wiederverhaftung des Calm zu verfügen und dieselbe dem Militair zu übertragen. Unterdeß hatte der, durch Zuzüge vom Lande her verstärkte Volkshaufe das Sitzungslokal des Appellationsgerichts umlagert, um die Freilassung des rc. Calm durch richterlichen Spruch zu bewirken. Obgleich nun der Kommandant des inzwischen an Ort und Stelle angekommenen Militairs die aufgeregte Masse siebenmal zum Auseinandergehen aufforderte, und sie auf die schweren aber unvermeidlichen Folgen einer fortdauernden Widersetzlichkeit aufmerksam machte, auch die üblichen Signale geben ließ, so blieb doch nicht nur Alles umsonst, sondern es wurden Drohungen und Verhöhnungen entgegengesetzt, ja es fielen sogar aus einigen Häusern Schüsse auf das Militair. Da konnte dieses nicht länger anstehen, von den Waffen Gebrauch zu machen; es erfolgte eine energische Attaque, und sieben Personen aus dem Volkshaufen blieben auf dem Platze, während noch etwa zwanzig andere schwere Wunden davon trugen. Aus dem Militair, das bei dem traurigen Vorfalle eben so große Mäßigung als Bravour an den Tag legte, wurden nur zwei leicht verwundet. Sofort stob nun die von ihren Führern, oder vielmehr Verführern, schon vor Beginn des eigentlichen Kampfes im Stiche gelassene Menge auseinander. Zur Sicherung der Ruhe wurden energische Maßregeln getroffen, die Stadt in Belagerungszustand erklärt, Abends traf preußische Kavallerie und ein Theil des Köthenschen Kontingentes zur Unterstützung des hiesigen ein.

Die von der öffentlichen Meinung als Urheber der Revolte bezeichneten Personen haben sich zeitig aus dem Staube gemacht, sollen aber, wie verlautet, steckbrieflich verfolgt werden. (D.Ref.)

Frankreich.

Paris, 15. März. Der Ball beim Präsidenten Bonaparte, von dem schon seit einigen Tagen viel gesprochen wurde, hat gestern stattgefunden. Er begann Abends um 9 Uhr und dauerte bis heut früh um 6 Uhr. „Die Sonne stand bereits am Himmel, als sich die letzten Gäste trennten. Die Wagenreihe dehnte sich von der Madalainen-Kirche bis zum Elysee aus. Louis Bonaparte hatte Alles aufgeboten, um diesen Ball zu einem der glänzendsten zu machen, den das Elysee je gesehen. Hof und Park waren in einen Zaubergarten verwandelt. Auch nach dem legitimistischen Faubourg St. Germain waren Einladnngen durch Persigny ergangen, doch erschien Niemand aus diesem Stadttheil. Man hörte auf dem Ball viel deutsch sprechen; wie berichtet wird, waren die deutschen Diplomaten sämmtlich anwesend. Von den Mitgliedern der National-Versammlung fehlte die Partei des National-Palast-Vereins ganz. Der National giebt darüber folgende Aufschlüsse: „Vier der Vice-Präsidenten und fünf der Secretaire der National-Versammlung sind zwar diesmal einzuladen nicht wieder vergessen worden, aber sie erhielten ihre Einladungs-Briefe so spät, daß sie keinen Gebrauch davon machten. Es gehört sich, daß man Jemanden wenigstens zwei Tage vor dem Fest einlade; jene Herren erhielten aber die Briefe erst vorgestern und gingen deshalb nicht hin.“

— Die Estafette und die Patrie lassen die Oesterreicher schon von den Piemontesen geschlagen werden. Man hört aber, daß die französische Regierung keine andere Nachrichten bis diesen Mittag hatte, als daß vermuthlich der Uebergang der sardinischen Armee über den Ticino erfolgt sei. Alles Uebrige wird für übertrieben gehalten. Aus Toulon reichen die Briefe und Journale bis zum 11. März. An jenem Tage war noch keines der gerüsteten Fahrzeuge abgesegelt. Seitdem soll aber der Telegraph den Befehl zur Einschiffung der Truppen nach Toulon befördert haben.

— Am Mittwoch wurden vom Assisenhofe der Geschäftsführer des Peuple, G. Duchene und Herr L. Menard, wegen zahlreicher mit „Prolog einer Revolution“ überschriebener und von Wenard unterzeichneter Artikel, als der Aufregung zu Haß und Verachtung der Regierung, so wie zu gegenseitigem Hasse der Bürger, schuldig befunden und kontumazialisch jeder zu 4 Jahren Gefängniß und 5000 Fr. Geldstrafe verurtheilt.

— General Dulac hat allen Obersten der in Paris und der Umgegend liegenden Regimenter befohlen, allen Soldaten unter ihren Befehlen den Besuch der Klubs zu verbieten, wo sie blos demagogische und sie ihrer Pflicht abwendig machende Lehren hören könnten.

— Nach Gaeta sind wieder 14,000 Fr. vom Bischof von Rodez und 7530 Fr. vom Bischof von Chartres geschickt worden.

— In Toulouse wäre es beinahe zu blutigen Gefechten zwischen mehreren Compagnieen der Nationalgarde gekommen. Eine Compagnie hatte rothe Mützen aufgesetzt und wollte auch die übrigen Compagnieen zwingen, ihrem Beispiele zu folgen. Darüber entstand eine Rauferei und der Präfekt mußte einschreiten.

— Der Minister des Innern hat Herrn Emil Thomas, Schüler des Herrn Pradier, beauftragt, eine Marmorbüste des Präsidenten der Republik zu liefern.

Paris, 16. März. So wäre denn das Wahlgesetz, das dazu bestimmt ist, einen entscheidenden Einfluß auf die Geschicke Frankreichs zu üben, endlich zu Stande gebracht. Jetzt, da man das Ganze übersieht, ist das Urtheil aller der Verhältnisse Kundigen ziemlich allgemein, daß das Gesetz gerade durch jene Bestimmungen, in denen die Urheber desselben den vollständigsten Sieg der Demokratie sehen, hauptsächlich dazu beitragen wird, der alten königlich gesinnten Partei neue Kraft zu geben. Durch die Ausschließung der Beamten, welche in den früheren Kammern in so großer Zahl vorhanden waren, wird der Kreis der Wählbaren auf die großen Grundeigenthümer und Gewerbtreibenden, auf die Aerzte und Advokaten beschränkt, und unter den ersten hat noch immer, besonders in den westlichen Departements, der alte Adel ein unzweifelhaftes Uebergewicht. Was den Adel nicht viel weniger begünstigt hat, als die Ausschließung der Beamten, ist die Bestimmung des Wahlgesetzes, durch welche auch die des Lesens und Schreibens Unkundigen zu den Wahlen zugelassen werden. Denn gerade jener in Frankreich so zahlreiche Theil der ländlichen Bevölkerung, bis zu dem noch nicht die ersten Elemente unserer modernen Bildung durchgedrungen sind, steht noch immer in einer beinahe unbedingten Abhängigkeit von den großen Grundeigenthümern, die ihren Einfluß nur mit der Geistlichkeit theilen. Unter diesen Umständen kann es nicht befremden, wenn wir sehen, daß die Hoffnungen der sogenannten Legitimisten neu belebt werden, obwohl bis jetzt in der allgemeinen Lage des Landes allerdings noch nichts hervortritt, was den Sieg des alten Königthumes in der nächsten Zukunft oder überhaupt in einer jetzt schon zu übersehenden Frist erwarten ließe.

— Ueber den Abgang der Expedition zur See, die nach Italien bestimmt sein sollte, ist noch nichts Zuverlässiges bekannt geworden. Man erwartet zu Marseille die von dem General Guesmillier befehligte Division der Alpenarmee. Dieses Corps soll zwischen Marseille und Toulon Cantonirungen beziehen, um jeden Augenblick zur Einschiffung bereit zu sein.

— Nach den Bestimmungen des gestern angenommenen Wahlgesetzes wird die Vertheilung der Einladungskarten zu den Wahlen am 7. Mai statt finden; am 13. Mai erfolgen in ganz Frankreich die Wahlen, und am 28. Mai tritt die neue gesetzgebende Versammlung zusammen.

— Zu Ende dieses Monats wird Graf Duchatel, der frühere Minister Ludwig Philipps, in Frankreich erwartet. Man glaubt jedoch, daß er nicht nach Paris kommen, sondern sich nach seinem Gute Lagrange im Medoc begeben wird. Seine Familie ist besonders in dem Departement der Charente inférieure, dem sie große Dienste geleistet hat und wo noch seine Mutter lebt, allgemein geachtet und geliebt, und man versichert, daß es nur von ihm abhinge, sich bei den demnächst bevorstehenden Wahlen zum Mitglied der gesetzgebenden Versammlung ernennen zu lassen.

— Die Cholera ist endlich auch in Paris ausgebrochen. In dem Hotel-Dieu sollen unter 30 Erkrankungen vorgestern 19 Todesfälle eingetreten sein. Die Presse bemerkt, daß heute in sämmtlichen Hospitälern von Paris kein neuer Cholerafall angekündigt sei. Von den Kranken, die gestern angemeldet worden, wären nur 2 unterlegen; alle übrigen befänden sich auf dem Wege der Besserung.

Paris, 17. März. Lyoner Blätter bringen die Nachricht, die auch hier als Gerücht zirkulirte, daß die erste, von General d'Arbouville befehligte Division der Alpenarmee den Befehl erhalten, sich zum Uebergang über die Alpen bereit zu halten. Später fügen jedoch dieselben Blätter hinzu, es sei eine zweite telegraphische Depesche aus Paris gekommen, welche Gegenbefehl gebracht habe. In Folge dessen seien die Bewegungen eingestellt worden. — Dieselbe Unbestimmtheit herrscht in Bezug auf die Abreise des in Toulon bereit liegenden Geschwaders nach Civitavecchia. Und doch versichert die Patrie, daß alle Gerüchte von Uneinigkeit im Kabinet, hinsichtlich des den italienischen Angelegenheiten und namentlich der päpstlichen Angelegenheit gegenüber einzuschlagenden Verhaltens, vollständig ungegründet seien.

Lyon, 9. März. Die heftigen Ausfälle der meisten Blätter gegen den Marschall Bugeaud dauern noch immer fort, obwohl es an Beschlagnahmen und Prozessen gegen dieselben nicht fehlt. Der „Peuple souverain“ erscheint demnächst vor den Assisen, um Rechenschaft über seine Anklagen gegen den Feldherrn zu geben. Die Frist, welche von der Regierung für Abnahme der phrygischen Mützen von den Freiheitsbäumen gestellt wurde, ist nun vorüber, und dieses Revolutionszeichen ist auch wirklich überall verschwunden. In Croix Rousse geschah dieses unter dem Beistande des Militairs. Die Maires der Landgemeinden werden durch anonyme Briefe bedroht, daß, falls sie dieser Beschimpfung der Freiheit willige Hand liehen, es um ihr Leben geschehen sei. In dem nahen Charly erhielt der Vorstand der Gemeinde ein Drohschreiben, das neben dem „Salut et fraternité“ zugleich die Abbildung von Dolchen enthielt. In den Ortschaften, wo der Legitimismus haus't, werden jetzt dreimal wöchentlich besondere Gebete für Heinrich V., der dort als ein wahrer Messias betrachtet wird, verrichtet.

Strasburg, 12. März. Die Rekruten-Ziehungen sind nun im ganzen Lande zu Ende. Ueber die baldige Einberufung der neuen Militairpflichtigen verlautet durchaus nichts, und man zweifelt, daß dieselbe vor dem gewöhnlichen Zeitpunkte erfolge, da der wirkliche Bestand des Heeres noch immer ein sehr starker ist. Gleichwohl ist der Preis der Ersatzmänner beträchtlich gestiegen. Ueber die diplomatische Wirksamkeit des Ministeriums nach außen weiß sich Niemand Rechenschaft zu geben. Das durch viele Blätter laufende Gerücht, als habe es Frankreich auf ein Bündniß mit Rußland abgesehen, findet keinen Glauben. Zu wünschen wäre freilich, daß sich die Verhältnisse der deutschen Central-Gewalt recht bald so gestalteten, daß diese als kräftige und einheitliche Macht dem Auslande gegenüber auftreten könnte. Je verwickelter sich indessen die diplomatischen Zustände Europa's zeigen, desto mehr gelangt man auch bei uns zur Einsicht, daß Deutschlands Heil und Zukunft lediglich von Preußen abhängt.

Italien.

Rom, 4. März. Das Erscheinen des Kapitäns des „Thénards,“ des französischen Regierungs-Dampfboots, welches zur Verfügung des Botschafters der Republick zwischen Gaeta und Marseille sich hin und her bewegt, hat bedenkliche Mienen hervorgerufen. Er soll beauftragt sein, das Archiv der französischen Botschaft und angeblich auch das des Quirinal, mit den Siegeln der Republik zu belegen. Daß es mit der Republik zu Ende gehen muß, ist Allen klar, und ich glaube, daß diejenigen, welche

unter der Last der Verwaltung seufzen, sich nach der Intervention mehr noch, als die Reaktionäre, sehnen. Denn der Ehrentod ist besser, als der Hungertod — dieser aber ist unvermeidlich. Denn wenn man auch noch so viel Papiergeld macht, so will kein Mensch es mehr nehmen, und die Noth ist bereits schon so groß, daß viele Läden haben schließen wollen, weil wegen Mangels an Scheidemünze der fernere Verkehr unmöglich ist. Gestern Abend war sogar eine Revolution deshalb angekündigt. Ein Pizzicareolo ist sogar in Folge eines solchen Streites wegen Nichtannahme von Papiergeld erstochen worden. Jetzt hat die Constituante beschlossen, sogar Billets von 2 bis 4 Paoli in Umlauf zu setzen. Die Exekution der Zwangs-Anleihe wird auf Schwierigkeiten treffen. Wenn die Grundstück-Besitzer sich jetzt auspfänden lassen, so kann ihnen davon kein großer Schaden erwachsen, da erst im Herbste die Güter etwas einbringen. Torlonia allein wird wohl 140,000 Scudi herausrücken müssen, da auch der Erwerb mit beschwert wird. — Die Rüstungen dauern fort; man will sogar eine Emigranten-Legion bilden, wobei der Vortheil entstände, daß man hier eine Menge schlechten Gesindels los würde. Es fragt sich aber, ob diese geschäftigen Müßiggänger geneigt sein werden, das Kaffeehaus-Leben mit den Strapatzen des Soldatenstandes zu vertauschen. (K. Z.)

— Es herrscht jetzt in Italien jene unbehagliche Stille, welche gewöhnlich dem heftigsten Sturme vorangeht. Alles ist gespannt, Alles wartet. Der neapolitanische „Tempo" vom 1. März beklagt sich über angebliche Plünderungen Garibaldi's auf der neapolitanischen Grenze und droht demselben mit der verdienten Bestrafung, sobald die Regierung, aufs äußerste getrieben, das Schwert ziehen wird für die Vertheidigung ihrer Rechte und die Sache der Ordnung. Dieser Augenblick ist nun wohl gekommen, aber die Nachrichten über einen bevorstehenden Aufstand in Neapel lauten zu bestimmt, als daß man nicht anderen Gründen als der Langmuth Ferdinands seine Zögerung zuschriebe.

— Die toskanische Regierung hat das Entlassungsgesuch des Gesandten des Großherzogs für Frankreich, England und Belgien angenommen, und den Ritter Bargagli an dessen Stelle ernannt. — Der Genueser „Corriere Mercantile" vom 8. März berichtet, daß der Herzog von Modena die Festung seiner in Belagerungszustand erklärten Residenz verstärkt, und Rekruten wirbt. Reggio ist gleichfalls in Belagerungszustand erklärt und entwaffnet worden.

Neapel, 4. März. Eine Proklamation des Königs von Neapel an die aufrührerischen Sicilier, welche so eben bekannt wird, stellt die Bedingungen fest, unter denen nach der mit den Bevollmächtigten Frankreichs und Englands getroffenen Uebereinkunft die Sicilier aufgefordert werden sollen, zum Gehorsam zurückzukehren. Die Verfassung, die den Siciliern bewilligt wird, beruht auf den Grundlagen der von England verbürgten Constitution von 1812. Die Trennung der Verwaltung ist zugestanden. Es wird eine allgemeine Amnestie ausgesprochen, von der aber in so fern Ausnahmen gemacht werden, als den 34 vornehmsten Häuptern des Aufstandes die Verpflichtung aufgelegt werden soll, sich während der Dauer eines Jahres von der Insel entfernt zu halten. Nur dieser eine Punkt erregte den Admiralen Bedenken, da sie von den Führern, mit denen sie zu unterhandeln übernommen hätten, unmöglich verlangen könnten, daß sie sich selbst verbannen sollten. Die beiden Admirale begaben sich daher nach Gaeta, um von dem Könige die Zurücknahme dieser Bedingung zu verlangen.

Neapel, 5. März. Der König Ferdinand hat den sicilianischen Waffenstillstand, der heute abläuft, gekündigt. Es können demnach die Feindseligkeiten am 15. März wieder beginnen. (Franz. Bl.)

Turin, 12. März. Die Opinione erwähnt ein Gerücht, welches in der Stadt verbreitet sei, wonach die Gesandten von England und Frankreich dem Minister des Auswärtigen erklärt hätten, sie würden ihre Pässe fordern, sobald die Feindseligkeiten begonnen würden.

Turin. Der polnische General Chrzanowski hat den Oberbefehl über die piemontesische Armee abgelehnt, um als Fremder keine Eifersucht zu erregen. Der Prinz von Savoyen wird also Oberbefehlshaber bleiben und der General Chrzanowski demselben beigegeben sein.

— 10. März. Gestern machte im Auftrage Lord Palmerstons H. Abercromby dem König einen Besuch, um ihn auf die bösen Folgen des Krieges hinzuweisen. K. Albert antwortete, daß das Benehmen Oesterreichs in Brüssel und in der Lombardei seine Langmuth erschöpft habe, und als Abercromby bemerkte, daß der Krieg die italienische Republik befördern könne, erwiderte der König: „Wenn die Unabhängigkeit und Freiheit Italiens von der Errichtung der Republik abhänge, werde ich der erste sein, sofort die rothe Mütze aufzusetzen." (?)

Modena, 6. März. Unsere Herzogliche Haupt- und Residenzstadt machte seit einiger Zeit Miene, sich der Central-Republik anzuschließen. In Folge dessen zogen die Oesterreicher einen Truppen-Cordon um unsere Stadt und zwangen die Bürgerwehr, ihre Waffen abzugeben. Sechszehn Wagen, mit Bomben beladen, wurden heute in die Stadt gefahren. In der Stadt herrscht Schrecken.

Cremona muß eine Strafe von 15,000 Gulden zahlen, und auf dem Boulevard Stradivari eine Festung errichten, welche die ganze Stadt beherrschen soll. Der General Haynau hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach jeder Reisende, der ohne einen Erlaubnißschein des Generalkommando's mehr als 300 Lire bei sich hat, ohne Weiteres erschossen wird.

Die **Gymnasial-Vorschule** beginnt stets zu Ostern und Michaelis in ihrer Grundklasse in den ersten Elementen. Wir bitten daher auch jetzt um rechtzeitige Anmeldungen. W. Stahr. Prof. Grassmann.

Entbindungen.

Statt besonderer Meldung.

Heute Morgen 9 Uhr wurde meine liebe Frau, geb. Kraatz, von zwei gesunden Knaben glücklich entbunden. Stettin, den 20sten März 1849.

August Kreßmann.

Todesfälle.

Gestern Nachmittag um 2½ Uhr starb mein lieber Ernst. Stettin, den 18ten März 1849.

Der Lehrer Priem jun.

Gerichtliche Vorladungen.

Proclama.

Wenn über das Vermögen des Ziegeldeckers Ritschel auf dessen Antrag der ordnungsmäßige Discussions-Verfahren eröffnet worden, so werden zur Constatirung des Passivstandes alle diejenigen, welche an den Ziegeldecker Ritschel und dessen Vermögen, namentlich auch an das demselben gehörige, an der Wollweberstraße unter No. 25 hierselbst belegene Wohnhaus c. p. Forderungen und Ansprüche irgend welcher Art machen zu können sich berechtigt halten, hiermit geladen, solche in einem der auf

den 16ten und 30sten k. Mts. und den 13ten April d. J., jedesmal Morgens 10 Uhr,

angesetzten Liquidations-Termine speziell anzumelden und zu verifiziren, bei Vermeidung der in termino den 27sten April d. J., Morgens 10 Uhr, zu verhängenden Präklusion.

Datum Greifswald, den 16ten Februar 1849.

(L S) Direktor und Assessores des Stadtgerichts.
Dr. Teßmann.

Auktionen.

Holz-Versteigerung.

Aus dem Königlichen Forstreviere Pütt sollen am 31sten d. Mts., Vormittags 10 Uhr, zu Püttkrug 1000 Klafter derb eingesetztes Kiefern-Klobenholz, aus welchem beim Einschlage „Böttcherholz" nicht sortirt ist, unter freier Konkurrenz meistbietend verkauft werden. Zur Sicherstellung der Gebote wird der vierte Theil des Kaufpreises sofort als Angeld gezahlt, und die Herren Förster zu Hornskrug, Ober- und Unter-Carlsbach, sind angewiesen, das Holz auf Wunsch der Käufer von heute ab örtlich vorzuzeigen. Da die durchschnittliche Entfernung desselben von der Ihna nur ¼, und vom Damm'schen See ½ Meile beträgt, so würde dasselbe vorzugsweise für Lieferungslustige an die Ziegelei Scholvin sich eignen.

Forsthaus Pütt, den 18ten März 1849.

Der Oberförster v. Fischer-Treuenfeld.

Verkäufe beweglicher Sachen.

Frischen Astrachanischen Caviar, Braunschw Cervelat-Wurst, Sardines à l'huile, Strassburger Gänseleber-Pasteten, Ital. Maronen bei
Ludwig Meske, Grapengiesserstrasse.

Messinaer Apfelsinen und Citronen, Malagaer Trauben-Rosinen und grüne Garten-Pommeranzen bei
Ludwig Meske, Grapengiesserstrasse.

Parmesan-, grünen und weissen Schweizer-, Holländ. Süssmilchs-, so wie auch Limburger und Edamer Käse bei
Ludwig Meske, Grapengiesserstrasse.

☞ Ein einspänniger Wagen ist billig zu verkaufen Frauenstraße No. 917, 2 Treppen hoch.

Grünes Fensterglas,

wie auch Medocflaschen u. s. w. verkaufe ich zu billigen Preisen. H. P. Kreßmann in Stettin.

Neuen Rigaer Kron-Leinsamen billigst bei Runge & Co.

Vermiethungen.

Eine Stube mit Möbeln ist Baumstraße No. 998, eine Treppe hoch, zu vermiethen.

Eine Wohnung, bestehend aus 4 Stuben, Alkoven, heller Küche und erforderlichem Zubehör, ist in meinem Hause gr. Oderstraße No. 17, 3 Treppen hoch, zu vermiethen. Es kann auch ein Zimmer parterre überlassen werden.
Carl August Schulze.

Eine wirklich gute herrschaftliche Wohnung, bel Etage, Sonnenseite, von 8 heizbaren Piècen nebst allen dazu gehörigen sehr bequemen Wirthschaftsräumen, ist sofort zu vermiethen. Wo? wird in der Zeitungs-Expedition gesagt.

Am gr. Paradeplatz No. 528 ist die Parterre-Wohnung, von 4 Stuben nebst Zubehör, zum 1sten Juli c. zu vermiethen.

Mönchenstr. 459/60 ist ein Laden sogleich zu vermiethen.

Die Kellerwohnung des Hauses oberh. d. Schuhstraße No. 153, worin bis jetzt ein Handel betrieben den, worist zum 1sten April d. J. zu vermiethen.

☞ In Grabow No. 9 ist zum 1sten April eine freundliche Wohnung von 2 Stuben, 2 Kammern, Küche, Keller rc. zu vermiethen.

Eine möblirte Vorderstube ist an einen oder zwei Herren ganz billig zu vermiethen gr. Wollweberstraße No. 595.

Dienst- und Beschäftigungs-Gesuche.

Eine perfekte herrschaftliche Köchin wird zum 1sten April nahe bei Stettin auf einem Gute gesucht. Näheres in der Exped. d. Ztg.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Es ist am Montag Abend eine schwarzseidene Schürze, mit einem Besatz von Gimpe verziert, verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, dieselbe Baumstraße No. 994, zwei Treppen hoch, gegen 20 sgr. Belohnung abzugeben.

Donnerstag, den 22sten März,
grosses Militair-Concert im Schützenhause.
Entree a Person 5 sgr. Anfang 7½ Uhr.

Stroh- und Bordürenhut-Wäsche

und Modernisirung wird wieder, wie bekannt, sauber und gut ausgeführt von
A. Piper, Johannis-Klosterhof No. 199.

Die neue Dampf-Mehl-Mühle zu Pommerensdorfer Anlage No. 20 b.,

empfiehlt zum bevorstehenden Feste alle Sorten Weizen- und Roggen-Mehl von kleinem bis zum größten Quantum zu den billigsten Preisen.

Strohhut-Wäsche

in bekannter Güte bei
J. C. Ebeling junior.

Unterricht im Schneidern ertheilt: Auguste Hansen, Schiffbau-Lastadie No. 37.